

## PRESSESTIMMEN

## SCHWEIZ UND KLIMASCHUTZ

## DIE RHEINPFALZ

„Pragmatisch“ Die Schweizer haben einmal mehr ihren Pragmatismus unter Beweis gestellt. Sie stimmten mit großer Mehrheit für ein neues Gesetz, das wichtige Bausteine für eine klimafreundliche Zukunft beinhaltet. Die Regierung, die sich für das „Klima- und Innovationsgesetz“ eingesetzt hatte, geht gestärkt hervor. Sie überzeugte die stimmberechtigten Eidgenossen von der Notwendigkeit, sich schrittweise von fossilen Energieträgern zu verabschieden. Dabei verzichtete Bern darauf, den Verbrauch von Öl, Gas, Diesel und Benzin zu verbieten.

■ Rheinpfalz, Ludwigshafen

## Frankfurter Allgemeine

„Politik“ Populisten verunglimpfen Klimapolitik als grünes Elitenprojekt. Die Schweizer haben den Mythos widerlegt und mit klarer Mehrheit dafür gestimmt, dass ihr Land bis 2050 klimaneutral wird.

■ FAZ, Frankfurt

## KALENDERBLATT



Foto: Filmbladen

## DAS GESCHAH AM ...

## 20. Juni

■ **1963:** Die USA und die UdSSR vereinbaren in Genf die Einrichtung eines „heißen Drahtes“ zwischen Washington und Moskau.

■ **1968:** Gleich drei US-Leichtathleten (Jim Hines, Charlie Greene, Ronnie Ray Smith) laufen in Sacramento die 100 Meter in der Weltrekordzeit von 9,9 Sekunden.

■ **1973:** Ex-Diktator Peron kehrt nach 18-jährigem Exil in seine Heimat Argentinien zurück.

■ **Geburtstag:** Jean-Marie Le Pen, frz. Politiker (\*1928); **Ulrich Mühe** (Bild), dt. Schauspieler („Das Leben der Anderen“; 1953–2007)

nachrichten.at

Lesermeinungen finden Sie auf der Dialogseite und im Internet unter: [nachrichten.at/leserbriefe](https://www.nachrichten.at/leserbriefe)



Privatbesuch

Karikatur: Pismestrovic

## MENSCHEN

## WANG YI

## Chinas Außenpolitik-Dirigent

VON HEINZ STEINBOCK

Man sprach diplomatisch-höflich miteinander. Doch inhaltlich ließ Wang Yi gegenüber seinem Gast, US-Außenminister Antony Blinken, dabei keine Kompromisse zu: Die Beziehungen zwischen den USA und China seien auf einem „Tiefpunkt“, konstatierte er, auch wenn das Gesprächsklima positiv bewertet wurde. Er warf den USA eine „falsche Wahrnehmung“ seines Landes vor, was wiederum zu einer „falschen Politik“ gegenüber der Volksrepublik führe.

Zwar ist Qin Gang, mit dem Blinken am Tag davor konferiert hatte, Außenminister der Volksrepublik China. Doch die gewichtigste Stimme in der chinesischen Außenpolitik ist Wang Yi. In der Volksrepublik sind Staat und Kommunistische Partei eng verzahnt: Die wirklichen außenpolitischen Entscheidungen werden von der zentralen Kommission für auswärtige Angelegenheiten getroffen, deren Direktor seit Jahresbeginn Wang Yi ist. Das Außenministerium ist praktisch ausführendes Organ. Wang, der am 19. Oktober 1953 in Peking geboren wurde, genießt das Vertrauen von Staats- und Parteichef Xi Jinping. Unmittelbar nach seinem Schulabschluss 1969 gehörte Wang zu jenen Millionen junger Chinesen, die während Mao Zedongs Kulturrevolution zum Arbeitsdienst aufs Land verschickt wurden. 1977 konnte er nach Peking zurückkehren, studierte Japanisch und Wirtschaftswissenschaften mit Masterabschluss.

Als 28-Jähriger trat Wang Yi in die Kommunistische Partei Chinas ein, ein Jahr später, 1982, begann für den politisch talentierten jungen Mann eine 40-jährige Karriere im di-



Wang Yi, Chinas Außenpolitikchef (APA/AFP/Odd Andersen)

plomatischen Dienst. 2001 wurde der heute 69-Jährige, dem hohes Verhandlungsgeschick nachgesagt wird, nach drei Jahren als Staatssekretär stellvertretender Außenminister, drei Jahre später Botschafter in Japan. Ab 2008 leitete er das Büro für Taiwan-Angelegenheiten.

2013 wurde der verheiratete Spitzendiplomat Außenminister, bis ihn Xi Jinping, nachdem er ihn auch ins Politbüro geholt hatte, schließlich zum Chef der zentralen außenpolitischen Kommission berief.

## MEINUNG

## LEITARTIKEL

VON DIETMAR MASCHER



## Europa immer zwei Schritte hinterher

Olaf Scholz nimmt 9,9 Milliarden Euro an Förderung in die Hand. Damit soll der US-Chiphersteller Intel unterstützt werden, in Magdeburg insgesamt 30 Milliarden Euro in eine Halbleiterproduktion zu investieren.

Nach dem Reißen der Lieferketten während der Coronazeit, das dazu führte, dass etwa die europäischen Autohersteller ihre Autos nicht fertigmachen konnten, versucht Europa eine Aufholjagd. Man will nicht mehr so stark von den USA oder im konkreten Fall von China und Taiwan abhängig sein und holt Produktionen wieder zurück.

Die Halbleiter sind nur ein Beispiel dafür, wie Europa meist zwei Schritte hinter den beiden anderen Wirtschaftsböcken hinterher humpelt. Die Chinesen haben längst im Bereich der Photovoltaik und der Autobatterien die

Führung übernommen. Durchaus ambitionierte Versuche in Europa, gegenzusteuern und Produktionen zu begünstigen, werden von den USA konterkariert. America first, egal ob unter Trump oder Biden, wird vor allem durch massive staatliche Förderungen erreicht. Und zwar noch höhere als in Europa.

Man kann es Wettbewerb nennen, man kann aber auch den Begriff Wirtschaftskrieg bemühen, so abwegig ist das nicht. Die großen Wirtschaftsböcke wollen die beste Ausgangslage für die Industrie im laufenden 21. Jahrhundert schaffen. Mit aberwitzigen Milliardenbeiträgen. Denn wer die Poleposition hat, kann das Rennen leichter gewinnen.

Europa hat in diesem Dreikampf die schlechtesten Karten. Obwohl in der Forschung und Entwicklung auf Augenhöhe, haben uns die USA und China die Spitzenpositionen etwa bei PV-Anlagen oder in der Informationstechnologie streitig gemacht. Weil die beiden anderen Blöcke politisch schneller agieren und vor allem die USA eine Kultur haben, die das Wachsen von Start-ups zu großen Konzernen erleichtert. Und wenn es um Rohstoffe und Energie geht, haben wir in Europa zuletzt gesehen, was Abhängigkeit von anderen bewirken kann.

Vor allem bei der individuellen Mobilität wäre es bitter, würde Europa seine Spitzenposition gegenüber China einbüßen. Man sollte diese Position nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

✉ [d.mascher@nachrichten.at](mailto:d.mascher@nachrichten.at)

## WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA

## Happy Birthday, EZB!

Die EZB feierte kürzlich ihren 25. Geburtstag. Ein perfekter Anlass, um die besondere Bedeutung dieser Institution hervorzuheben. Die Satzung der EZB hält dann auch fest, was ihr Hauptziel ist: Es ist das vorrangige Ziel der EZB, die Preisstabilität zu gewährleisten.

In der Tat schützen uns Notenbanken vor einem besonders gefährlichen Übel: dem Verlust der Kaufkraft unseres Geldes, der „Mutter aller Gefahren“ in einem Wirtschaftssystem. Bei Inflationsraten nahe zehn Prozent stellt sich an der Geburtstagsparty manch einer die Frage, warum die EZB die In-

flationsdynamik nicht gleich zu Beginn vehement bekämpft hat.

Ein Grund für die zögerliche Inflationsbekämpfung der EZB hat ohne Zweifel auch damit zu tun, dass die EZB die Schuldenberge vieler Euroländer mitberücksichtigen musste. Wären die Staatsfinanzen im Süden Europas stabiler, wäre die EZB wohl schneller in ihrem Kampf gegen die Inflation vorgegangen und hätte die Zinsen früher erhöht.

Der Umstand, dass die Schuldenberge im Euroraum aber in den vergangenen Jahren so wachsen konnten, hat gerade auch mit der schützenden Hand der EZB über den

Märkten für Staatsanleihen zu tun – sie versuchte hier bis zuletzt, die Finanzierungskosten möglichst gering zu halten, und setzte damit verführerische Anreize zur Erhöhung der Staatsverschuldung.

## Die Lektion der hohen Inflation

All dies bedeutet im Umkehrschluss: Hätte die EZB die auf Pump finanzierten Staatsausgaben durch ihr eigenes Dazutun nicht so attraktiv gemacht, hätte sie auch schneller gegen die Inflation vorgehen können und damit wohl die Inflation effektiver bekämpfen können. Diese Zusammenhänge lassen erkennen, welche Bedeutung eine

strenge und disziplinierte Haushaltspolitik in einer Währungsunion hat.

Auf kurze Sicht gibt der Staat vielleicht weniger aus, aber auf lange Sicht trägt er damit zur Stabilität des gesamten Systems bei. Finanzielle Disziplinlosigkeit holt einen immer ein, das ist die Lektion der aktuellen hohen Inflation. Und diese Disziplinlosigkeit trifft dann auch noch immer die schwächeren Einkommensschichten besonders hart.

Geld- und Finanzpolitik ist somit schlussendlich immer Sozialpolitik. Nicht eine schuldenfinanzierte Großzügigkeit hilft der (ärmeren)

Bevölkerung langfristig, sondern ein finanziell gesunder Staat. Die Politik der EZB hat den „Vollkasko-Staat“ überhaupt erst ermöglicht.

Anstatt auch noch Klimazielen nachzueifern, sollte die EZB sich auf die Schaffung eines Währungsraumes konzentrieren, welcher finanziell tatsächlich nachhaltig ist. Das ist ja auch gerade ihre Hauptaufgabe. In dieser Hinsicht ist klar, was der EZB für die kommenden 25 Jahren zu wünschen ist: Nicht weiter so!

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Johannes Kepler Universität Linz.